pp/Journal
AZ FL-9494-Schaan

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

Liechtensteiner VOLKSBLATT

Dienstag
3. September 2002
Fr. 1.20

Mit amtlichen Publikationen • 124. Jahrgang, Nr. 200

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

DIENSTAG

Mehr Badespass

VADUZ: Stichworte wie Sprudeltopf, Nackenduschen, Massagedüsen und Wellenbad lassen gespannt auf die geplante Wiedereröffnung des Schwimmbades Mühleholz Schaan/Vaduz am 15. Mai 2003 warten. Mit dem gestrigen Spatenstich wurde im Schwimmbad Mühleholz die acht Monate dauernde Umbauphase gestartet, welche das Schwimmbad für alle Besucher noch attraktiver machen soll. Seite 2

Vorbereitung voll im Gange

FUSSBALL: Auf der Schaaner Rheinwiese absolvierte die Nationalmannschaft gestern unter der Leitung von Trainer Ralf Loose das erste Training für das kommende Spiel gegen Mazedonien (8. September im Rheinpark-Stadion). Harry Zech (Bildmitte) verfolgte das Training vom Spielfeldrand aus – beim Libero besteht mit grosser Wahrscheinlichkeit Verdacht auf einen Muskelriss im hinteren Oberschenkelbereich. Seite 14

Bewegung an der Skoda-Front

MOBIL: Der sportliche Skoda Octavia RS ist neu auch als Kombi-Version Octavia Combi RS mit dem 180 PS starken 1,8-l-Turbomotor erhältlich. Seite 17

ANZEIGE

Schulweg-Erlebnis

Regina Biedermann, Ruggell
"Meine Katze Timi ist mir einmal bis in die Schule gefolgt. Nachher ist sie mit Mama, die mit dem Velo kam, auf der Schulter heimgefahren."

VCL mit Unterstützung der Kommission für Unfallverhütung

Neues Dienstrecht für Lehrkräfte

Erste Arbeitssitzung des Landtags nach der Sommerpause mit einigen Schwerpunkten

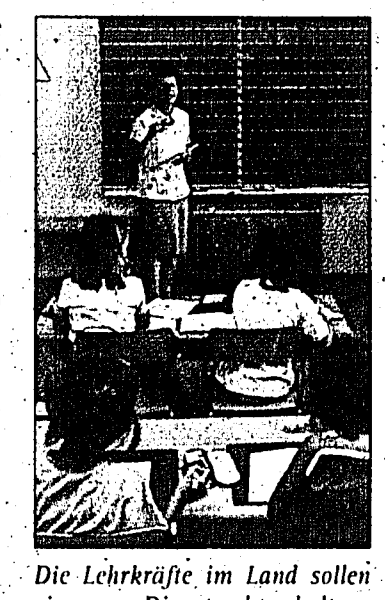
Die Revision des Dienstrechts für die Lehrerinnen und Lehrer steht seit langem zur Diskussion. Jetzt liegt dem Landtag eine Neufassung des Lehrerdienstgesetzes zur Behandlung vor. Die Landwirte warten ihrerseits auf die Verabschiedung des «Agrarpakets 2001», das nach dem Willen der Regierung rasch umgesetzt werden soll.

Manfred Öhri

Unter den insgesamt 23 Geschäften, die der Landtag am 11. und 12. September in seiner ersten Arbeitssitzung nach der Sommerpause behandeln wird, zählt das neue Dienstgesetz für die Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen Liechtensteins zweifelsohne zu den Schwerpunkten.

Der Gesetzesvorschlag der Regierung, der im Rahmen der Vernehmlassung ganz überwiegend befürwortet wurde, sieht vor allem eine dienstrechtliche Besserstellung der Teilzeitlehrkräfte vor. Ausserdem sollen die rund 60 Kindergärtnerinnen nun wie die Lehrerinnen und Lehrer an der Primarschule Angestellte des Landes werden. Der Anteil der Gemeinden an der Besoldung reduziert sich dadurch von derzeit 70 auf 50 Prozent. Bei den Kindergärten und Primarschulen werden zudem die Kompetenzen der Gemeindebehörden klarer geregelt. Werden neue Stellen geschaffen, ist hierfür die Zustimmung des Gemeinderates erforderlich. Bei Personalentscheiden erhält der vom Gemeinderat bestellte bzw. gewählte Gemeindeschulrat ein Vorschlagsrecht.

Des Weiteren sollen Lehrpersonen einen im Gesetz festgeschriebenen Dienstauftrag erhalten, der die wesentlichen Tätigkeitsfelder – mit Hinweisen auf arbeitszeitliche Aspekte – auflistet. Anders als bis jetzt soll in Zukunft ein umfassender Stellenplan geführt werden, der auch die Teilzeitstellen enthält. Schulleitung und Aufsicht sollen auf Gesetzesebene klarer abgestützt werden.



Die Lehrkräfte im Land sollen ein neues Dienstrecht erhalten.

«Agrarpaket 2001»

Für die liechtensteinischen Landwirte wird die Landtagsdebatte zum «Agrarpaket 2001» von besonderer Bedeutung sein. Mit einem Bündel von grösseren und kleineren Massnahmen will die Regierung möglichst rasch auf die Anliegen der Landwirte eingehen und diese einer Lösung zuführen, um die Wettbewerbsfähigkeit im regionalen Umfeld zu sichern.

Als wichtigste Änderungen im Direktzahlungsgesetz sind die Einführung von Anbauprämien, von Beiträgen für die Haltung von Rauhfutter verzehrenden Nutztieren und die vorsorgliche Erhöhung der Direktzahlungsansätze vorgesehen. Im Abgeltungsgesetz sind als wesentlichste Änderungen die Einführung von Extensobeiträgen für Getreide und Raps sowie die Erhöhung der Beiträge für die besonders tiergerechte Stallhaltung und den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien beabsichtigt. Die finanziellen Auswirkungen des Agrarpakets 2001 werden sich insgesamt auf maximal 2,825 Mio. Franken pro Jahr belaufen.

Niederlassungsrichtlinie

Mehrere Vorlagen betreffen die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht. Die so genannte «Niederlassungsrichtlinie» sieht etwa vor, dass sich EU- bzw. EWR-Rechtsanwälte unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates (z.B. advocat) oder mit entsprechendem Nationalitätszusatz (z.B. Rechtsanwalt D) ohne Absolvierung einer weiteren Prüfung jederzeit beruflich niederlassen und prinzipiell alle Tätigkeiten wahrnehmen können, die auch den Rechtsanwälten des betreffenden Aufnahmestaates gestattet sind.

Mit diversen Begleitmassnahmen soll allerdings der derzeitige Qualitätsstandard sichergestellt und einer mit der blossen Umsetzung der Richtlinie zu befürchtenden Übernutzung des Finanzdienstleistungsplatzes Liechtenstein möglichst vorgebeugt werden. Der Kernpunkt der Vorlage liegt in einer konsequenten Trennung der Berufsbilder des Rechtsanwaltes und des Treuhänders, so dass in Zukunft der Zugang zum Treuhänderberuf nur noch über die entsprechenden Voraussetzungen gemäss Treuhändergesetz möglich sein soll. Seite 3

Frauen fördern Frauen – Frauen fordern Frauen

20-Jahr-Jubiläum der «Frauen in der FBP» im Rathaussaal Schaan

Zahlreiche Gäste fanden sich gestern im Schaaner Rathaussaal zur 20-Jahr-Feier der «Frauen in der FBP» ein. Im Mittelpunkt des Abends standen das Referat von Rita Kieber-Beck über Bildungspolitik in Liechtenstein sowie die Ansprache von Johannes Matt zum Thema «Wir bauen auf Frauen». Auf unserem Bild von links Rösle Eberle-Vogt (1. Frau im Parteipräsidium), Emma Eigenmann (erste Landtagsabgeordnete), Maria Marxer (erste Gemeindevorsteherin, Cornelia Gassner (erste Frau in der Regierung) und Rita Kieber-Beck (erste Frau als Vizeregierungschefin). Wir berichten in unserer morgigen Ausgabe ausführlich über diesen Jubiläumsanlass.
(Bild: Brigitt Risch)

Expo braucht noch 100 Millionen Franken

Mehrwertsteuer- und Zinszahlungen an den Bund fällig

BERN: Die Expo.02 braucht einen Zusatzkredit von noch ungefähr 100 Millionen Franken und nicht wie angekündigt rund 70 Millionen.

Das höhere Gesamtdefizit hängt mit Mehrwertsteuer- und Zinszahlungen an den Bund zusammen, die nun ebenfalls integriert werden, wie am Montag verlautete. «Wir müssen jetzt davon ausgehen, dass unter Berücksichtigung auch gewisser Mehrwertsteuereffekte und Zinsen, die dem Bund noch bezahlt werden müssen, sich das Gesamtdefizit in der Grössenordnung von 95 bis 100 Millionen Franken bewegen wird», sagte Nationalrat Urs Hofmann (SP/AG) als Vizepräsident der Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte in einem Bericht von Radio DRS. Die Mehrwertsteuer- und Zinsforderungen des Bundes, die auch als Defizit wirken, wurden erstmals detailliert offengelegt. Am vergangenen 23. August hatte man noch von einer notwendigen Finanzspritze beziehungsweise einem Zusatzkredit von 40 bis 70 Millionen Franken gesprochen. Zu dieser Zeit waren die rund 25 Millionen Franken an technischen Kosten noch nicht integriert, wie Expo-Sprecher Toni Burgener auf Anfrage erklärte. Diese Integration habe die Finanzdelegation nun gewünscht. Gestern kam es an der Ausstellung auf der Arteplage Biel zu einem Zwischenfall: Ein junger Schweizer stiess gegen den Pavillon «Happy End» eine Bombendrohung aus. Gut 650 Personen wurden evakuiert, eine Bombe fand sich aber nicht. Der Täter wurde dingfest gemacht und muss wahrscheinlich vor Gericht.

ANZEIGE

Exklusive Kollektion
moderner und
klassischer Teppiche
aus dem Iran
an der Lihga
Halle 1, Stand 39
präsentiert von:

werilli
TEPPICHGALERIE
Anstalt